

Begründung:

Der Vertragsentwurf für ein umfassendes kanadisch-europäisches Wirtschaftsabkommen (CETA) liegt in einer konsolidierten Fassung vor und kann nach einem Verfahren, das bei europäischen Handelsverträgen üblich ist, in den nächsten Monaten zu großen Teilen in Kraft gesetzt werden. CETA ist zwischen 2009 und 2014 von der EU - Handelskommission und Kanada im Geheimen auf der Grundlage eines Mandats des Handelsministerrates der EU ausgehandelt worden, ohne dass die Parlamente und Regierungen beteiligt wurden. Als im Sommer 2014 der Vertragstext öffentlich wurde, erklärte die EU-Kommission, es sei nun zu spät, den Vertrag zu verändern. Schließlich konnten in der konsolidierten Fassung einige kleinere Veränderungen erreicht werden. Seit Juni 2013 verhandeln die EU – Handelskommission und die USA über das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP).

Mit dem Bekanntwerden von Inhalten der Abkommen hat sich eine beispiellose breite Gegenbewegung entwickelt, die mit viel Expertise die vielfältigen Risiken der geplanten Abkommen herausarbeitet. Das Bündnis gegen TTIP und CETA, einem Zusammenschluss von 500 Organisationen in Europa, einschließlich des DGBs, aller Mitgliedergewerkschaften und zahlreicher Natur- Umweltschutz- und Verbraucherorganisationen hat von Oktober 2014 bis Oktober 2015 3.284.289 Unterschriften von europäischen Bürgern gegen TTIP und CETA gesammelt. Die kanadische Zivilgesellschaft warnt vor CETA und TTIP, indem sie auf die verheerenden Auswirkungen der nord-amerikanischen Freihandelszone (NAFTA) verweist. Dazu zählen der Zusammenbruch der bäuerlichen Landwirtschaft und junger Industriebranchen in Mexiko, der großflächige Verlust von Arbeitsplätzen durch die Verlagerung von Unternehmen, zahlreiche Investorenklagen gegen Kanada und ein ökologisch und sozial unverantwortlicher Ausbau der Fracking-Industrie und der Förderung von Ölsanden.⁽³⁾ Der Europäische Gewerkschaftsbund, der ursprünglich positive Erwartungen mit CETA verband, fordert in einem dringenden Appell, CETA in der derzeitigen Form zu verhindern. In Europa und Kanada befürchten Kommunen, durch CETA ihren Gestaltungsspielraum zu verlieren. Kleine und mittelständische Unternehmen organisieren sich in der Initiative KMU gegen TTIP. Der Ökonomienobelpreisträger Joseph Stiglitz hält die geplanten Abkommen für überflüssig und gefährlich.

Führende Juristen sehen in Teilen von CETA einen Verstoß gegen Europarecht und gegen deutsches Verfassungsrecht. Der Deutsche und der Europäische Richterbund lehnen das in CETA weiterhin fest verankerte Investoren-Staatsklagesystem grundsätzlich ab. Inzwischen sind es etwa 70.000 Bürgerinnen und Bürger, die dabei sind, beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen CETA sowie die vorläufige Anwendung einzureichen. Das wird in der Geschichte der Bundesrepublik die größte Sammelklage vor dem Verfassungsgericht. Im Oktober demonstrierten 250.000 Menschen in Berlin gegen TTIP und CETA. Weitere Großdemonstrationen befinden sich in Vorbereitung.

Unter SPD-Wählerinnen und -Wählern befinden sich besonders viele CETA und TTIP Gegner. Zahlreiche Untergliederungen und AGs der SPD haben sehr kritische bis ablehnende Beschlüsse zu TTIP und CETA verabschiedet. 70 Prozent der SPD Mitglieder lehnten einer Forsa Umfrage zufolge bereits im Juli 2015 TTIP ab. Die Glaubwürdigkeit der SPD und ihr gesellschaftlicher Rückhalt sind in Gefahr. Die von der SPD beschlossenen roten Linien werden eindeutig überschritten. Zu den auf dem Bundesparteitag im Dezember 2016 bekräftigten Mindestbedingungen für CETA und TTIP gehört u. a., „dass der Primat der Politik uneingeschränkt gelten muss. Rechtsstaatliche Grundsätze und demokratische Beschlüsse dürfen nicht von Konzernen ausgehebelt oder umgangen werden können.“ Tatsächlich würde durch CETA der Primat der Politik empfindlich eingeschränkt.

Welches sind zentrale Kritikpunkte an CETA?

a.) In das Investitionsschutzkapitel von CETA sind unter dem Einfluss von Sozialdemokraten einige Veränderungen eingearbeitet worden. Dennoch bleibt das umstrittene System der Investoren-Staats-Schiedsgerichtsbarkeit weiter bestehen und wird sogar noch ausgebaut. Die in CETA und TTIP vorgesehenen Schiedsstellen sollen ohne Bindung an Europäisches Recht, an das Grundgesetz und weitere deutsche Gesetze entscheiden können. Sie können sich bei ihren Entscheidungen über

europäisches und deutsches Recht hinwegsetzen. Somit entsteht eine Nebenverfassung. Die im Grundgesetz verankerten Grundprinzipien des Sozialstaates und des Umweltschutzes müssen bei Abwägungen nicht berücksichtigt werden. Viele Tausend Unternehmen können die Sonderklagerechte bei CETA nutzen, da es für alle Investoren mit einer Niederlassung in Kanada bzw. der EU, einschließlich der Finanzinvestoren wie den Hedgefonds, offen stehen soll. Gut aufgestellte Unternehmen könnten demnächst gegen alle Regierungen klagen. Staaten könnten mit CETA durch die Schiedsstellen bereits zu Schadensersatz verpflichtet werden, wenn Kommunen die Gewerbesteuern anheben oder eine Mietpreisbremse beschließen.⁽⁴⁾ Wichtiger noch: der Ausstieg aus fossilen Energieträgern könnte durch eine ganze Welle an Unternehmensklagen verhindert werden, da ohne Zweifel substantielle Gewinninteressen globaler Investoren betroffen sind, wenn auf Kohle, Gas und Öl verzichtet werden soll, um das Klima zu schützen. Gemeinwohlorientierte Politik kann nicht mehr gegen die Interessen globaler Wirtschaftsakteure durchgesetzt werden, wenn mit CETA und TTIP das Investoren-Staatsklagesystem weiter ausgebaut wird und Schiedsgerichte Milliardenstrafen verhängen können, für die die Steuerzahler aufkommen müssen.

b) Der Kern von CETA und TTIP liegt in den übergeordneten, pauschalen und umfassenden Liberalisierungsverpflichtungen, die auch für bisher geschützte und zukünftige Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft gelten sollen. Dadurch werden die beteiligten Staaten, Länder und Kommunen langfristig auf eine Politik der Liberalisierung und Privatisierung festgelegt. So wird die Rekommunalisierung privatisierter Servicebetriebe erheblich erschwert, wenn nicht gar verhindert. Wir fordern, dass Politik und Gesellschaft selbst entscheiden dürfen über die Organisation der Daseinsvorsorge, des persönlichen Nahverkehrs, der Bildung und Kultur.

c) CETA sieht die Einrichtung von transatlantischen Gremien vor, die CETA verbindlich auslegen und weiterentwickeln sollen, ohne dass immer eine parlamentarische Zustimmung eingeholt werden muss. Diese Gremien sollen außerdem Gesetzesinitiativen aller politischen Ebenen auf ihre Handels- und Investorenfreundlichkeit hin überprüfen, noch ehe sie in den Parlamenten selbst beraten werden. Wirtschaftsvertreter sollen dabei umfassende Informations- und Beratungsrechte erhalten.

d) Diese sogenannte regulatorische Kooperation, Investorenklagen und die Liberalisierungsverpflichtungen engen den Gestaltungsspielraum der Politik erheblich ein. Eine Verbesserung sozialer und ökologischer Standards wird ausgeschlossen. Wenn Parlamente und Regierungen nicht mehr über wichtige politische Fragen im Sinne des Gemeinwohls entscheiden können, verkommen Wahlen zur Farce und das verfassungsmäßig garantierte demokratische Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger wird verletzt. Auf Druck der SPD wurde offenbar erreicht, dass dem Vertrag ein Artikel hinzugefügt wurde, der der Politik das Recht zu regulieren zugesteht. Ein Artikel reicht aber nicht aus, um die komplexen demokratiefeindlichen Mechanismen zu überwinden.

Die SPD, die 150 Jahre für den Abbau von Privilegien und für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gekämpft hat, schadet ihrer Identität, wenn sie sich für Sonderrechte der machtvollen, globalen Wirtschaftsakteure und die Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat einsetzt. Die derzeitige Wertedebatte in der SPD bleibt solange unglaubwürdig, wie CETA und TTIP weiter von der Parteispitze unterstützt werden. Denn mit diesen Abkommen verliert die Politik den Handlungsspielraum, den sie braucht, um Gerechtigkeitsziele und Ziele der Nachhaltigkeit durchzusetzen.

Was bleibt von positiven Erwartungen an CETA und TTIP?

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die ausgefeilte Rhetorik zugunsten der Abkommen keiner Überprüfung standhält: CETA und TTIP stärken gerade nicht die viel beschworenen gemeinsamen transatlantischen Werte (Demokratie und Menschenrechte) und formulieren keine gute Regeln für die Globalisierung. Stattdessen festigt CETA den Vorrang der Marktöffnung vor anderen Zielen wie soziale Gerechtigkeit, Fairness, Respekt von regionalen und kulturellen Besonderheiten und Nachhaltigkeit.⁽⁵⁾ Während Investorenrechte und Marktöffnungsverpflichtungen verbindlich festgeschrieben werden, beschränken sich Passagen zur Nachhaltigkeit und zu den Arbeitsnormen auf unverbindliche Absichtserklärungen.⁽⁶⁾ CETA und TTIP sind auch geostrategisch problematisch, da sie zu einer gefährlichen Spaltung beitragen zwischen dem Norden und den aufstrebenden Staaten des

Südens, die nicht mehr bereit sind, sich in postkolonialer Manier Regeln vorschreiben zu lassen. Die angestrebte enge vertragsrechtliche Verknüpfung der EU mit Kanada und den USA kann gar zu einer Belastungsprobe für die transatlantischen Beziehungen und für die Demokratien in Europa und Kanada werden, wenn die wirtschaftlichen Verlierer und die Zivilgesellschaft gegen die Regeln aufbegehren. Nicht zu vergessen ist: die komplexen völkerrechtlichen Verträge sind kaum kündbar. Das ebenfalls umstrittene, noch nicht ratifizierte, transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPP) darf Europa nicht unter Zugzwang setzen. Der politische und wirtschaftliche Erfolg Europas hängt nicht von einem Wettlauf bei der Ratifizierung von Wirtschaftsverträgen ab, sondern von den politischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und technologischen Antworten, die Europa auf die Herausforderungen der Zukunft entwickelt. Die SPD hat jetzt die Chance sich, gemeinsam mit der neuen sozialen Bewegung gegen die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA, für eine Wende in der Handelspolitik zu engagieren.

(1) Vgl. Prof. Weiss. Gutachten zur vorläufigen Anwendung von CETA. 2016.

https://www.foodwatch.org/fileadmin/Themen/TTIP_Freihandel/Dokumente/2016-03-26_Prof_Weiss_Gutachten_Verfassungsprobleme_einstweiliger_Anwendung.pdf

(2) Vgl. dazu den gemeinsamen Aufruf von 7 Juristen- und Menschenrechtsorganisationen vom 04.04.2016 gegen CETA (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/765>)

(3) Maude Barlow. Der Kampf gegen TTIP, CETA und ISDS. Erfahrungen aus Kanada. The council of Canadians. 2015. <http://canadians.org/sites/default/files/publications/report-ceta-ttip-isds-1015-ger.pdf>

(4) Vgl. Kölner Bündnis gegen TTIP. Auswirkungen auf Kommunen. 2015. <http://no-ttip-koeln.de/auswirkungen-von-ceta-auf-die-kommunen-eine-zusammenfassung-aktueller-studien-und-positionen/>

(5) Dr. Nina Scheer „Handel braucht Wandel“ 2016. <http://www.nina-scheer.de/aktuell/426-publikation-handel-braucht-wandel-fuer-eine-neuausrichtung-der-europaeischen-handelspolitik-oktober-2015.html>)

(6) Zu den Täuschungen im Arbeitsrechtskapitel von CETA vgl. Dr. Werner Rügemer. CETA - einfach ausgetrickst, in: Verdi publik. Nr 1. 2016. <http://publik.verdi.de/2016/ausgabe-01/gewerkschaft/brennpunkt/seite-3/A0>